



Regulierung, Internationaler Marktzugang, Industriepolitik

«Buy European» ist **kein Allheilmittel**

15.07.2026

Auf einen Blick

- Die EU setzt verstärkt auf industriepolitische Massnahmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
- Die zunehmende Industriepolitik der EU hat direkte Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft.
- Protektionismus ist die falsche Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen. Wettbewerbsfähigkeit entsteht durch Produktivität, Offenheit und Innovation – nicht durch Abschottung.

Angesichts geopolitischer Spannungen und des verschärften globalen Wettbewerbs greifen immer mehr Staaten zu industriepolitischen Massnahmen, um strategisch wichtige Industrien und Technologien im eigenen Wirtschaftsraum zu halten. Während die USA und China ihre heimische Industrie gezielt fördern, verfolgt auch die Europäische Union eine zunehmend interventionistische Wirtschaftspolitik. Mit Vorhaben wie dem Clean Industrial Deal, dem Net-Zero Industry Act oder einer stärkeren europäischen Präferenz bei öffentlichen Aufträgen und Förderinstrumenten will sie strategische Technologien in Europa halten, Abhängigkeiten reduzieren und ihre industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Ein zentrales Instrument dieser Strategie ist der geplante Industrial Accelerator Act (IAA). Das Gesetz sieht neben beschleunigten Bewilligungsverfahren für strategisch bedeutende Industrieprojekte auch die Einführung einer europäischen Präferenz («Made in EU») vor. In Bereichen wie energieintensiven Industrien, Netto-Null-Technologien und der Automobilindustrie sollen europäische und CO₂-arme Produkte bei öffentlichen Ausschreibungen und Förderprogrammen künftig bevorzugt behandelt werden.

Starke Betroffenheit der Schweizer Wirtschaft

Von dieser Entwicklung ist die Schweizer Wirtschaft unmittelbar betroffen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind eng und vielfältig: Die Schweiz ist der viertgrösste Handelspartner der EU, während die EU mit Abstand der wichtigste Absatz- und Beschaffungsmarkt der Schweiz ist. Schweizer Unternehmen sind tief in europäische Wertschöpfungsketten eingebunden und zählen zu den bedeutendsten Investoren im europäischen Binnenmarkt. Entsprechend wirken sich industriepolitische Weichenstellungen der EU direkt auf die Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen aus.

Protektionismus schadet langfristig der Wettbewerbsfähigkeit

Dabei ist unbestritten, dass Europa seine Wettbewerbsfähigkeit stärken muss. Protektionismus ist jedoch die falsche Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen. Die Einführung von Massnahmen wie den «Buy European»-Vorgaben kann zwar kurzfristig eine zusätzliche Nachfrage für lokale Anbieter schaffen. Die eigentlichen Treiber der Wettbewerbsfähigkeit – Innovation, Effizienz, Spezialisierung und technologischer Fortschritt – werden dadurch jedoch nicht gestärkt. Im Gegenteil: Werden Unternehmen gezwungen, teurere oder weniger geeignete Vorleistungen zu beziehen, steigen die Produktionskosten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit kann sinken. Zudem besteht die Gefahr, dass der Wettbewerbsdruck nachlässt und notwendige Produktivitätssteigerungen verzögert werden. Langfristig sichern daher nicht Schutzmassnahmen, sondern produktivitätsfördernde Rahmenbedingungen den wirtschaftlichen Erfolg eines Standorts. Volkswirtschaften sind erfolgreich, wenn sie Innovationen hervorbringen, Talente anziehen und Unternehmen eine möglichst effiziente Produktion ermöglichen.

Die Schweiz hat ein eminentes Interesse daran, dass die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Doch Wettbewerbsfähigkeit entsteht nicht durch Abschottung, sondern durch Produktivität, Innovation und die Einbindung in offene und leistungsfähige Wertschöpfungsnetzwerke mit vertrauenswürdigen Partnern. Offene Märkte und leistungsfähige internationale Wertschöpfungsnetzwerke bleiben die Grundlage für Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg – in Europa ebenso wie in der Schweiz.

Positionspapier zum Industrial Accelerator Act (IAA)



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



François Baur

Head of European Affairs

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch